

// ZEITUNG FÜR STUDIERENDE • WINTERSEMESTER 2017 //



GEW-Aktive protestieren auf dem Gewerkschaftstag bei der Rede des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) gegen die Einführung von Studiengebühren.

Foto: Kay Hirschelmann

Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bitten Nicht-EU-Ausländer*innen zur Kasse

Comeback der Studiengebühren

// Wir haben gekämpft und wir haben gesiegt. Dachten wir. Doch kaum ändert sich das politische Fähnchen der Regierung, dreht sich der Wind, sind sie wieder da: Studiengebühren. Diesmal in einer besonders perfiden, national-egoistischen Form: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen. //

Baden-Württemberg legte im Mai mit einem Gesetzesbeschluss vor und Nordrhein-Westfalen schloss sich nach den Koalitionsverhandlungen der neuen schwarzgelben Regierung an – große Proteste wie vor knapp zehn Jahren waren nicht zu erwarten, denn die Lobby der Betroffenen scheint klein und unbedeutend.

Mit schlechtem Beispiel voran

1500 Euro pro Semester werden nun fällig. Von den jeweiligen Verantwortlichen wird dabei betont, dass die Studiengebühren ja nur Menschen aus Nicht-EU-Ländern betreffen. Sie verschweigen dabei, was Studiengebühren in diesem Fall vor allem sind – aber auch schon immer waren: ein Mittel der sozialen Ausgrenzung.

Bei der Wiedereinführung der Studiengebühren scheint das Parteibuch keine allzu große Rolle zu spielen: Das grüne Wissenschaftsministerium Baden-Württembergs zog mit schlechtem Beispiel voran und gab somit Nordrhein-Westfalen einerseits ein schon perfekt adaptierbares Modell und zum anderen die entsprechenden infamen Begründungsmuster vor. Baden-Württemberg übertrifft die für Nordrhein-Westfalen geplanten Regelungen

noch, indem zu den Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen gleichzeitig 650 Euro Studiengebühren für ein Zweitstudium eingeführt wurden. Das politisch von allen Seiten so gern betonte „Lebenslange Lernen“, was vor allem in einer sich im ständigen Wandel befindenden „Informationsgesellschaft“ lauthals als unumgänglich gefordert wird, soll demnach nur etwas für Menschen sein, die es sich leisten können. Baden-Württemberg kommt damit zum wiederholten Male ein unrühmlicher Spitzenplatz zu: Schon 1998 war es das erste Land, das seit 1971 wieder Studiengebühren eingeführt hatte. Doch auch Nordrhein-Westfalen bekleckerte sich geschichtlich nicht mit Ruhm, als erstmals 2003 die Studiengebühren für alle Studierenden eingeführt wurden – insbesondere der erhebliche studentische Protest sorgte damals für die schnelle Abschaffung der Gebühren. Auch wenn das nicht von Dauer sein sollte.

Angst vor gebildeten Ausländer*innen?

Die neu eingeführten Studiengebühren zeigen eine ausgrenzende und nach Herkunft unterscheidende Grundhaltung, die im Bildungssystem leider nicht neu ist. Denn wir sorgen in Deutschland schon in unserem Schulsystem für eine frühe Auslese. In Bezug auf Hochschulbildung stellt diese strukturelle Diskriminierung jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg einen Dammbbruch dar – so stehen Studierende ohne EU-Pass neben der indirekten, tief verankerten Diskriminierung nun auch noch vor einer speziell für sie geschaffenen institutionellen Hürde.

Dass die Mehrheit – anders als bei den Bildungsprotesten 2009 – nicht direkt betroffen ist, erschwert zudem eine Mobilisierung der Studierenden und Protestorganisationen. Die Studierendenschaft als Gesamtheit steht nun jedoch vor der Aufgabe, sich klar und deutlich zu solidarisieren und Stellung zu nehmen, dass Engagement gegen Studiengebühren nicht nur aus einer Betroffenenperspektive relevant ist, sondern dass es um mehr geht: Studiengebühren sind sozial- und bildungspolitisch sowie mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu verantworten.

Selektierende Campus-Maut

Die Einführung dieser neuen, selektierenden Variante von Studiengebühren ebnet außerdem den Weg zu weiteren Gebühren. Wie schon geschehen, kopieren andere Bundesländer das bestehende Modell, und für Diskussionen über jegliche Formen von Gebühren sind Türen und Tore wieder geöffnet.

Es wird von denen genommen und vielleicht noch mehr genommen werden, die es ohnehin schon schwer haben. Höhere Bildungsabschlüsse und bessere Qualifikationen werden gefordert, aber großen Teilen der Gesellschaft wird der Zugang zu diesen Möglichkeiten verwehrt. Wenn zur Finanzierung der Hochschulen Geld fehlt, warum bittet man nicht die zur Kasse, die genug davon haben?

Marcus Boxler, Friederike Thole und Marvin Weißmann sind Mitglieder im Landesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW Nordrhein-Westfalen



Foto: picture alliance / Michael Matej

Proteste gegen Abschiebung eines Schülers in Bayern

GEW fordert sicheres Aufenthaltsrecht an Schulen und Hochschulen

Abschiebung aus dem Klassenzimmer

// In den letzten Monaten waren Abschiebungen aus Schulen ein Thema, das viel mediale Aufmerksamkeit erhielt und zu starker Kritik am Vorgehen der verantwortlichen Behörden führte. Neben dem Fall der Schülerin Bivsi, die ohne Vorwarnung aus dem Unterricht geholt und in das Herkunftsland ihrer Eltern abgeschoben wurde, war es die gescheiterte Abschiebung eines afghanischen Berufsschülers, die bundesweit für Aufregung sorgte. //

Die Solidarität und der zivile Ungehorsam seiner Mitschüler*innen verhinderten maßgeblich, dass der Schüler in das von schweren Konflikten heimgesuchte Afghanistan zurückgeschickt wurde. Seit Anfang Juni herrscht nun grundsätzlich ein Abschiebestopp in das vermeintlich „sichere Herkunftsland“ – ironischerweise erst, seit die deutsche Botschaft in Kabul Opfer eines Bombenanschlags wurde.

Lehrkräfte unter Druck

Marc Millies vom Bremer Flüchtlingsrat kritisiert die Praxis, Schüler*innen aus dem Unterricht abzuschieben, als beschämend und unverhältnismäßig: „Bildungsinhalte wie Toleranz und Gewaltlosigkeit werden durch Einsätze der Polizei konterkariert, Schüler*innen verunsichert und Lehrkräfte im Unklaren gelassen, ob tatsächlich alle rechtlichen Schritte und eine anwaltliche Beratung erfolgt sind.“

Seit 2016 wurde die Abschiebepaxis durch Gesetzesänderungen verschärft: Abschiebungen werden seitdem nicht mehr angekündigt, sondern passieren wie in den beschriebenen Fällen aus heiterem Himmel. Außerdem wurden Lehrkräfte und Schulleitungen wiederholt dazu aufgefordert, im Fall von Abschiebungen mit der Polizei zusammenzuarbeiten – und das, obwohl „Schulen und Bildungseinrichtungen explizit

von einer Übermittlung von Daten an Stellen wie der Ausländerbehörde ausgenommen sind“, so Millies.

Handreichungen gegen Abschiebungen

Um Schulen dabei zu unterstützen, mit derartigen Situation besser umgehen und Handlungsmöglichkeiten abschätzen zu können, hat die GEW Bayern jüngst einen Leitfaden zu Abschiebungen aus Schulen und Betrieben veröffentlicht und ergänzt damit eine ältere Handreichung des Landesverbands Berlin. Die GEW Baden-Württemberg legte eine Handlungsanleitung bei drohender Abschiebung eines Kindes oder eines Jugendlichen vor. Die Dokumente können nicht nur Lehrer*innen dabei helfen, den Betroffenen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu helfen und Abschiebungen gegebenenfalls zu verhindern, auch andere Unterstützer*innen finden hier nützliche Tipps. Denn auch an Hochschulen sind Abschiebungen eine latente Gefahr für Geflüchtete, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen sind und/oder die lediglich

über eine sogenannte „Duldung“ verfügen – anders als bei einer Berufsausbildung besteht im Studium kein Anspruch auf Ausbildungsduldung. Hinzu kommt, dass es in Schulen durch Klassenverbände und Lehrer*innen ein potentiell starkes soziales Netz gibt, das Geflüchteten im Fall einer Abschiebung beistehen kann. An Hochschulen wiederum herrscht eine tendenziell stärkere Individualisierung und größere Anonymität – wenn jemand von heute auf morgen nicht mehr da ist, fällt es weniger auf.

Solidarität an den Hochschulen

Was kann an Hochschulen also getan werden, um von Abschiebung bedrohte Geflüchtete zu unterstützen? Deutschlandweit solidarisieren sich Studierende und Hochschulbeschäftigte bereits mit Geflüchteten, indem sie Unterstützungsangebote und Mentoring-Programme anbieten. Solche Aktionen und Programme sind wichtige Rahmenbedingungen, um das Thema „Abschiebung“ auch im Hochschulbereich offen zu diskutieren und zu bekämpfen. Ähnlich wie im Fall des Berufsschülers aus Nürnberg kann auch mit studentischen Protesten gerechnet werden: „Wenn bei uns an der Uni jemand abgeschoben werden sollte, sind auf jeden Fall mindestens 100 kritische Studis in kürzester Zeit am Start, um die Abschiebung friedlich zu verhindern. Abschiebungen in Krisenländer sind ein Todesurteil für die Betroffenen und ihre Familien. Da machen wir nicht mit!“, sagt Tom Robin Hoffmann vom Allgemeinen Studierendenausschuss der Uni Bremen. Möglichst viele Menschen im Hochschulbereich sollten diesem Beispiel folgen und so Geflüchtete aktiv und offenkundig unterstützen. Denn Migration und Flucht sind Themen, die uns alle etwas angehen!

Es gibt noch viel zu tun

Migration als Normalität begreifen – das fordert der GEW-Gewerkschaftstagsbeschluss Bildung in der Migrationsgesellschaft: Auch hier wird betont, dass „das Recht auf Bildung ... weder an den Aufenthaltsstatus, noch an die Dauer eines Asylverfahrens oder die individuelle Bleibeperspektive geknüpft werden“ darf. Denn leider reichen Solidaritätsbekundungen nicht aus, um langfristig Rahmenbedingungen in Deutschland zu schaffen, in denen alle Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus lernen können. Deswegen fordert die GEW die „Umsetzung des Rechts auf diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung“ und die „Schaffung eines rechtssicheren Aufenthalts unabhängig des Duldungssystems für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende“. Es müssen die Möglichkeiten zum Spracherwerb, die Zugänge zu Ausbildungen und Hochschulen sowie die Verfahren zur Anerkennung von Abschlüssen verbessert werden.

Jan Romann ist Mitglied im Landesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW Bremen und studiert im Master Sozialpolitik an der Universität Bremen

Katharina Lenuck ist im Sprecher*innen-Team des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW Bremen und studiert im Master Sozialpolitik an der Universität Bremen

Mehr Infos:
www.gew.de/flucht-und-asyl

Beschluss des GEW-Gewerkschaftstages

Wer hetzt, fliegt!

Im Beschluss „AfD und GEW stehen sich diametral entgegen“ ließen die Delegierten des im Mai 2017 in Freiburg abgehaltenen Gewerkschaftstages der GEW keine Frage offen: „Wer hetzt, fliegt“ heißt es jetzt klar und deutlich für Gewerkschaftsmitglieder der GEW. Der von GEW-Studis und Junger GEW eingereichte Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

Einen satzungsändernden Beschluss brauchte es dazu nicht. Nach der bestehenden Satzung ist das Eintreten für Gleichberechtigung, soziale Rechte und Grundrechte unerlässliche Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der GEW. Zudem setzt sich die GEW für die Verhinderung und Beseitigung von Diskriminierung ein. Die Satzung wurde hier nicht als reine Proklamation begriffen, sondern als ein zu erfüllender Auftrag verstanden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Hassreden im öffentlichen Raum sind keine Form der Meinungsäußerung. Sie sind eine Form der Gewalt. Und das wird in der GEW nicht akzeptiert.

Wissenschaftsrat legt Papier vor

Kommt jetzt die Profilbildung für die Lehre?

// Die Unterscheidung von Forschungsleistung und Lehrbelastung gehört bei vielen Lehrenden zum gängigen Sprachgebrauch. Dass so gesprochen wird, hat nicht allein etwas mit subjektiver Befindlichkeit der Sprecher*innen zu tun. Es kommt auch etwas über die Art und Weise zum Ausdruck, wie das Hochschulsystem verfasst ist. //

Für das Fortkommen auf der akademischen Karriereleiter und die Anerkennung in der Wissenschaft sind vor allem Forschen und Publizieren entscheidend. Die Lehre zählt nur rudimentär. So ist es auch kein Wunder, dass das Thema Lehre nicht immer die höchste Priorität hat.

Bisher nur vereinzelt Innovationen

Ende April hat sich nun eines der wichtigsten wissenschaftspolitischen Gremien in Deutschland dem Thema Lehre gewidmet. Gemeint ist der von den Regierungen des Bundes und der Länder gemeinsam getragene Wissenschaftsrat, der die Weiterentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems gezielt begleiten soll. Er hat im April ein Positionspapier „Strategien für die Hochschullehre“ veröffentlicht und findet darin deutliche Worte: Zwar gebe es vereinzelte Programme und innovative Formate in der Lehre, jedoch fehle es „an Instrumenten und Konzepten ...“, um die Erfolge in die Breite zu tragen und strukturell zu verankern“. Um dies leisten

zu können, schlägt der Wissenschaftsrat eine Reihe von Strategien vor.

One size fits all?

Mit der Einführung einer Lehrverfassung sollen sich die Hochschulen ein einheitliches Leitbild für die Lehre geben – und zwar verbindlich. Auf der Ebene einzelner Studiengänge müsse man die „Bedeutung der Curricula wiederentdecken und diese gemeinsam gestalten“. Die so ausformulierten Leitbilder sollen dabei offenbar wie eine russische Matroschka-Puppe ineinander passen. Vom Leitbild mit „Lehrverfassungs“-Charakter über das Lehrprofil bis zum auf die Strategie der Hochschule abgestimmten Curriculum soll dabei alles kreativ, gemeinsam gestaltet und vor allem eines sein: verbindlich für alle Beteiligten.

Damit die Umsetzung entsprechender strategischer Weichenstellungen gelingt, setzt der Wissenschaftsrat nicht auf die Einführung ernsthafter Mitbestimmungsgremien, sondern beschreibt die Zuständigkeiten wie folgt: „Die Hauptverantwortung für die Entwicklung einer institutionellen Lehrstrategie und einer entsprechenden Zielbestimmung für den Bereich Lehre tragen die Hochschulleitungen. Von ihnen sollte der Impuls ausgehen, die Lehre als wesentlichen Teil des Hochschulprofils zu gestalten.“ In den Stromlinien der strategischen Leitbilder von Hochschulleitungen haben sich ihrerzeit auch die folgenreichen Profilbildungsprozesse der Exzellenzinitiative gebildet. Ob man bei

den neuerlichen Strategievorschlägen mit ähnlichen Widerständen rechnet, ist nicht ganz klar. Sicherheits halber hat der Wissenschaftsrat, was die Frage nach „Hochschulstrukturen, Autonomie und Governance“ betrifft, für das zweite Halbjahr 2017 allerdings bereits „umfassende Empfehlungen“ angekündigt. Auch für die Lehrenden gibt es wenig gute Nachrichten in dem Papier: Zwar wird mehr personelle Stabilität im Hochschulmanagement gefordert, mit Blick auf die Lehrenden kommt der Wissenschaftsrat auf diese Idee jedoch nicht, obwohl gerade jene Gruppe besonders stark von Zeitverträgen betroffen ist.

Eine Frage der Profilbildung?

Eine ernsthafte Weiterentwicklung der Lehre kann aufgrund des vergleichsweise flach gehaltenen Papiers nicht erwartet werden. Aufhorchen lässt die Positionierung des Wissenschaftsrates aus anderem Grund. Die unguete Verquickung von Hochschullehre mit Profilbildung mag das Thema Lehre in die Debatte bringen. Doch zu einer ernst gemeinten Beteiligung aller Statusgruppen mit dem Ziel einer umfassenden Studienreform sowie einer Demokratisierung der Hochschulen muss diese Konstellation nicht notwendig beitragen. Genau darauf jedoch käme es an.

Sven Lehmann ist Sprecher des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW

Bildungsbündnis stellt sich vor

Lernfabriken ...meutern!

// Im Bündnis Lernfabriken ...meutern! organisieren sich Menschen aus ganz Deutschland, die im Bildungswesen arbeiten und lernen. Diese Assoziation ist nicht nur offen für Schüler*innen, Studierende und Auszubildende oder Lehrende. Auch die Interessen von Verwaltungsangestellten, Hausmeister*innen und Techniker*innen sollen aufgegriffen werden. //

Gemeinsam kämpfen die Verbündeten gegen die Ökonomisierung und die fortbestehende soziale Ausgrenzung im Bildungssystem. Dabei fordern sie eine Demokratisierung der verschiedenen Institutionen, da nur so die Ausgestaltung von Bildung und Arbeit tatsächlich in die Hände der Betroffenen gelegt werden kann. Gegründet hat sich das Bündnis 2015 in Niedersachsen anlässlich der Novellierung des Landeshochschulgesetzes und eines Streits um die Bezahlung und Auslastung von Lehrer*innen. In wenigen Wochen wurde ein überregionales Bündnis aufgebaut, das weit über die Grenzen von Niedersachsen hinausgeht. Zunächst gründeten sich in knapp 15 Städten Basisgruppen. Gleichzeitig vernetzten sich die Studierenden mit der Landeschüler*innenvertretung in Niedersachsen. Bis zur Auftaktkonferenz im November 2016, die 150 Teilnehmer*innen verschiedener politischer Organisationen anzog, haben verschiedene jugendpolitische Strukturen, Landeschüler*innenvertretungen, Hilfskräfte- und Wissenschaftler*innennetzwerke ihre Unterstützung des Bündnisses beschlossen oder sich personell in das Bündnis eingebracht. Im Anschluss an die Konferenz gründeten sich zahlreiche Basisgruppen, wobei sich der Schwerpunkt des Bündnisses von Niedersachsen in andere Bundeslän-

der verlagerte. In fast allen Städten sind inzwischen Schüler*innen maßgeblich an den Basisgruppen beteiligt, zum Teil sind auch Lehrer*innen und Wissenschaftler*innen in den Gruppen organisiert. Der Protest im Sommer war zwar keine Massenmobilisierung, aber ein wichtiger Schritt zum Aufbau handlungsfähiger Basisgruppen. Vom 29. September bis 1. Oktober findet in Hannover die dritte Konferenz des Bündnisses statt. Dort wird das Bündnis die eigenen politischen Ziele konkretisieren, seine Organisationsstrukturen weiterentwickeln und die eigenen Aktionsstrategien neu ausrichten.

Sandro Philippi engagiert sich im Bündnis Lernfabriken ...meutern!

Unterwegs für mehr Bildungsgerechtigkeit und ein kritisches Studium



Interview

50 Jahre Kritik und Kampf – Bildungspr

// Mit dem Jahr 2017 jährt sich zum 50. Mal der Beginn der Studierendenproteste im Jahr 1967. Weitere studentische Protestwellen folgten in den anschließenden Jahrzehnten. Wir wollten wissen: Was trieb die verschiedenen Generationen auf die Straße? Wie unterscheiden sich die Streikbewegungen und ihre Aktionen? Daher haben wir vier (ehemalig) Aktive an einen Tisch geholt. Das Gespräch zeigt: Verändert haben sich sowohl die Ziele als auch die Mittel und Wege, die jeweiligen Themen zu artikulieren und für die eigenen Ideen zu kämpfen. //

Wenn ihr ein Wort nennen müsstet, worum es euch bzw. eurer Generation bei den Bildungsprotesten ging, welches wäre das?

Philipp: Unser Fokus lag auf dem humboldtschen Bildungsideal als Kampfbegriff, gesamtgesellschaftliche Aspekte blieben eher im Hintergrund.

Sabine: Für meine Generation war es mehr eine Vermischung von gesellschaftlichen Themen: Internationales, Frauenbewegung, Anti-AKW, das spielte bei uns noch eine ganz große Rolle. Damals ging das gar nicht ohne.

Torsten: Wenn ich die Teile meiner Generation, mit denen ich politisch was zu tun hatte, charakterisieren soll, war das so etwas wie der Versuch, eine unmittelbare tagespolitische Interessenvertretung mit einer grundsätzlicheren Kapitalismuskritik und ein bisschen Öffnung des Weges hin zum Sozialismus zu verbinden. Insofern kann ich jetzt nicht nur mit Bildungsprotesten dienen, weil es den Gruppen, denen ich angehört habe, relativ schnell um etwas anderes ging.

Barbara: Man kann nicht sagen, es sei uns vorrangig um Bildung gegangen. Ich würde sagen, es war eine Art von Freiheitsbegriff, so was wie ein unzensuriertes Schwarzes Brett in der Schule – also eher die Abwesenheit von administrativen Zwängen, aber zugleich auch die Frage danach, was Bildung sein könnte, worin Bildung bestehen sollte, was wir brauchen.

In der Retrospektive, was würdet ihr sagen, wo war der Punkt, an dem man gedacht hat, jetzt hab ich die Schnauze voll und möchte irgendwas ändern?

Barbara: Wir hatten Lehrer, die waren Nazis. Also wollten wir in jedem Fall Abstand halten zu dieser Generation. Dann kam die Entwicklung von etwas Neuem wie einem neuen Bildungsbegriff. Und zwar in Distanz zu dem, was die Erwachsenen uns da anbieten wollten.

Torsten: Ich müsste eigentlich zwei nachhaltige Politisierungen von mir nennen: Der erste Anlass war – da war ich noch bei der Bundeswehr, das war 1973 – der faschistische Militärputsch in Chile. Einen zweiten Auslöser gab es dann an der Uni, als ich im zweiten Semester in einen Streikrat gewählt wurde, der sich vorgenommen hatte, eine neu eingeführte Klausur in der Mittelalter-Abteilung des Germanistischen Instituts zu boykottieren, weil wir das als Vorläufer einer Verschulung und Formalisierung des Studiums sahen.

Sabine: Bei mir war das schon in der Schule. Ich war auf einer kooperativen Gesamtschule. Der Haken an der Geschichte war, wir hatten damals keine Oberstufe und ich musste dann auf ein reguläres Gymnasium und das war der Genicktod. Ich hatte jahrelang gelernt, das zu sagen, was ich dachte, ohne stranguliert zu werden, und auf einmal war das genau anders herum. Hinzu kam, dass dann die Mauer gefallen ist und man noch nicht so ganz wusste, wie man damit umgehen sollte und ich sehr viel Angst vor Krieg hatte. Ich weiß, dass ich damals angefangen habe, morgens Nachrichten zu gucken, dieses blöde RTL. Weil ich Angst hatte. Aber ein Faktor des Engagements war auch, gegen Ungerechtigkeit vorzugehen und zu versuchen, Sachen zu bewegen.

Philipp: Bei mir war die Politisierung auch eher am Ende der Schulzeit. Ich komme aus einem politischen Elternhaus, dementsprechend war das auch immer schon Thema. So bin ich z. B. nach dem Abi nach Rostock zum Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm gefahren.



Foto: dpa

Studierende demonstrieren 1968 in Düsseldorf gegen staatliche Willkür.

An der Uni wollte ich mich selbstverständlich politischen Gruppen anschließen und musste dann feststellen, dass es die so gut wie gar nicht gab. Beziehungsweise gab es sie schon, aber nur wenige Menschen, die versucht haben, sich über Wasser zu halten. Das war für uns der Ansatzpunkt: Okay, der Bildungsbegriff muss in den Mittelpunkt, denn wir stellen hier fest, dass die Freiräume an den Unis sukzessive trocken gelegt werden. Allerdings nenne ich das lieber nicht Uni-, sondern Bildungsprotest, denn bei uns waren auch viele Schüler*innen dabei, was in der Medienlandschaft häufig nicht so aufgenommen wurde.

Was waren spannende Aktionen, um den Protest voranzubringen und sich Gehör zu verschaffen, die im Gedächtnis geblieben sind?

Barbara: Bei uns war das Problem, dass wir keine Vorbilder für Protestformen hatten. Die wurden ja sozusagen erst erfunden. Während ich noch in der Schülerbewegung war, gab es Studierende mit Formen, die die schon entwickelt hatten und wo wir uns dann angeschlossen haben: irgendwas zu besetzen, irgendeine Veranstaltung zu sprengen oder irgendwo eine Demo zu machen. Aber letzten Endes hatte man nicht das Gefühl, dass man sich einreihet, wie das dann zehn, zwanzig, dreißig Jahre später war. Ein paar Jahre später, während ich studiert habe, war es ja tatsächlich

so, dass wir auch Lebensformen neu mitentwickelt haben: Wohngemeinschaften, die Selbstorganisation im Studium. Ich hab mein ganzes Studium in Arbeitsgruppen verbracht. Also ich habe schon den Eindruck, dass meine Generation eine sehr eifrige Generation gewesen ist, Stadtteilgruppen und Rote Zellen sowieso. Ich glaube, der Motor war tatsächlich, dass es etwas zu entdecken und entwerfen und erfinden gab, was noch nicht besetzt war. Die K-Gruppen und die Spontis und so, das hat sich sozusagen heraus entwickelt im Laufe der erste Jahre.

Torsten: Also ich möchte das von der Frage herleiten, wie man seine eigenen politischen Ziele an die Öffentlichkeit brachte. Das war ja in einer Zeit, in der es noch kein Internet gab. Als ganz frisch gebackener Erstsemester war mein Eindruck, dass an der Uni Heidelberg jeden zweiten Tag irgendwo eine Kundgebung oder Demo stattfand, so ziemlich gegen alles. Ein zweites Medium waren Wandzeitungen, da hab ich auch etliche geschrieben, das waren praktischerweise Packpapierrollen, wo man seine politischen Forderungen draufgeschrieben hat. Das ist eine Aktionsform, die aus der chinesischen Kulturrevolution übernommen wurde. Und natürlich Flugblätter – wenn ich heute in die Mensa gehe, ist all das verschwunden. Dann gab es noch die zugespitzten Situationen, wo ein Seminar

Proteste seit 1967



boykottiert oder ein Institut bestreikt oder gar besetzt wurde. Ich habe mich auch selbst an der „Umfunktio- nierung“ von Lehrveranstaltungen und der Sprengung von Vorlesungen beteiligt, um bestimmten politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Sabine: Heute ist es doch so, dass dieses „Face to Face“ fehlt. Man litt früher gemeinsam, dass keine Sau zur Demo kam oder niemand was gelesen hat oder die Aktion doof war. Also dieses Gemeinsame, das fehlt so ein bisschen; das Digitalisierte ersetzt das nicht. Ich finde so ein Handy praktisch und wünsche mir manchmal, als wir damals protestiert haben, hätten wir eines gehabt – wir hatten nicht mal ein Faxgerät. Aber wir hatten Freiräume oder konnten sie uns schaffen. Heute hab ich manchmal das Gefühl, das ist gar nicht mehr möglich.

Philipp: Aus der Perspektive kann man natürlich schon einen gewissen pessimistischen Anschlag reinbringen: Bei uns im Studentenwerk müssen Flyer mittlerweile gegengezeichnet werden, damit sie nicht direkt weggeschmissen werden. Zum Technik-Punkt: Als wir den besetzten Hörsaal in Osnabrück hatten, lief fast jeden Tag mindestens eine Liveschaltung mit Beamer zu einem anderen besetzten Hörsaal. Die erste Besetzung damals in Wien hat das sehr ernst genommen, um die Motivation der ganzen Bewegung hochzuhalten, indem sie überall da, wo sich neue Gruppen bildeten,

direkt vorschlugen, Liveschaltungen zu machen. Dann unterhielten sich abends plötzlich zwei Hörsäle miteinander – über 1000 Kilometer voneinander entfernt. Die einen haben die anderen unglaublich motiviert. Das war sehr beeindruckend.

Ich würde zum Abschluss gern in die Zukunft schauen: Brauchen wir eine neue Generation Bildungspro- teste und wenn ja, was sollte dabei im Vordergrund stehen?

Torsten: Solange es Anlässe zum Protest gibt, beantwortet sich diese Frage eigentlich von selbst. Es ist nicht grundlegend besser geworden, trotz anderer Versprechungen der Politik. Als neue Anlässe kommen jetzt auch noch Versuche hinzu, mit der Brechstange in Deutschland nach US-amerikanischem Vorbild sogenannte Eliteunis über die Exzellenzinitiative durchzusetzen. Das Geld, was man durch eine Formalisierung und Verkürzung der Bologna-Studiengänge einspart, wird jetzt in diese exklusiven Bereiche umverteilt, und das ist durchaus nicht nur Anlass zum Protest, sondern da regt sich auch schon einiges an Widerstand.

Barbara: Ich finde, der größte Verlust bei diesen ganzen Universitätsmodernisierungen ist die Reglementierung des Studiums auf ein Minimum. Also meine Studierenden dürfen nicht mehr belegen, als sie brauchen – die

Unsere Gesprächs- partner*innen:

Barbara Rendtorff, geboren 1951, war aktiv in der Schüler*innenbewegung der 1960er Jahre. Sie wollte 1970 ihr Abitur in Heidelberg machen, flog allerdings aufgrund ihres politischen Engagements 1968 von der Schule. In Hessen holte sie das Abitur nach und studierte Pädagogik, Soziologie und Geschichte. Heute hat sie eine Professur für Schulpädagogik und Geschlechterforschung an der Universität Paderborn inne.

Torsten Bultmann, geboren 1954, studierte von 1975 bis 1983 Germanistik, Pädagogik und Geschichte in Heidelberg – abzüglich zweier Semester, in denen er aufgrund politischer Krawalle ein Studienverbot erhielt. Heute ist er Bundesgeschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

Sabine Kiel, geboren 1964, absolvierte von 1987 bis 1995 ein Studium der Sozialwissenschaften in Hannover und war aktiv in der Anti-Atomkraftwerk- und Friedensbewegung. Heute ist sie stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Niedersachsen und Mitglied im Bundesvorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi). Sie arbeitet als Öffentlichkeitsreferentin beim Studentenwerk Hannover.

Philipp Möcklinghoff, geboren 1987, studiert Soziologie und Politikwissenschaften (still struggling) und war im bundesweiten Bildungsstreik 2009/2010 aktiv. Er war an der Erstellung der Fragen für das Interview mit beteiligt und ist Teil der read.me-Redaktion.

Das Interview wurde geführt von Friederike Thole vom Landesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW Nordrhein-Westfalen. Transkribiert und redaktionell unterstützt wurde das Interview von Caroline Hols (Universität Kassel).

können das gar nicht. Die können natürlich in ein Seminar gehen und vorher fragen, „Haben Sie etwas dagegen, wenn ich mich hier einfach reinsetze?“, aber dann gibt es tatsächlich Lehrende, die sagen, „Ich hab schon 45 Leute, das muss jetzt reichen“. Man erzieht die Leute dazu, sich daran zu gewöhnen, immer nur das Minimum im Auge zu haben. Dass sich Bildung eigentlich durch Reichhaltigkeit und Verschiedenartigkeit überhaupt erst entwickeln kann, das ist, glaube ich, für die heutigen jungen Studierenden nur ganz schwer vorstellbar.

Philipp: Also ich glaube, dass das irgendwann kommen wird. Ich wünsche Lernfabriken ...meutern!, dass sie noch größer werden; die Initiative ist interessant und von ihrer Themenabdeckung sehr umfassend. Sie steht auf jeden Fall in einer Linie mit unserer Streikbewegung. Gleichzeitig hab ich schon den Eindruck, dass es einen Konservatismus gibt. Die Freiräume existieren nicht, dementsprechend sucht sich das dann ein Ventil – der Ruf nach einer starken Hand.

Sabine: Ich finde, dass wir wieder eine neue Protestbewegung brauchen. Gerade wegen der Angriffe auf bestehende Freiräume ist es wichtig, in den Hochschulen die Möglichkeiten und Probleme für Studis und Lehrende immer wieder zu thematisieren. Aktuell gehören dazu auf alle Fälle die Studiengebühren für ausländische Studierende.

Soziale Lage von Studierenden

Der finanzielle Druck nimmt zu



Foto: Kay Henschelmann

DSW-Präsident
Dieter Timmermann

// Studierende arbeiten noch häufiger neben dem Studium, und ihre Eltern müssen für sie tiefer in die Tasche greifen. Der größte Kostentreiber: die Miete. Das Wichtigste aus der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. //

Studierende in Deutschland sind im Schnitt 24,7 Jahre alt, unverheiratet, in ein Vollzeit-Studium eingeschrieben und verfügen über 918 Euro im Monat. Das ist ein Ergebnis der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW), die vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) durchgeführt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wurde. Mehr als 67.000 Studierende aus 248 Hochschulen nahmen im Sommer 2016 an der Befragung zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage teil.

Es gibt aber nicht den einen Studenten oder die eine Studentin. Wir haben es mit unterschiedlichen Gruppen zu tun, mit einer großen Vielfalt von Studierenden. Beispiel Einnahmen: Im Durchschnitt haben die Studierenden 918 Euro im Monat zur Verfügung, aber 28 Prozent müssen mit weniger als 700 Euro monatlich

auskommen. Die Vielfalt der Studierenden zeigt sich auch an Gruppen wie den Studierenden mit Kind; sie machen sechs Prozent aller Studierenden aus. Elf Prozent der Studierenden wiederum haben eine Behinderung oder sind chronisch krank.

Eltern, Nebenjob, BAföG

Die wirtschaftliche Lage der Studierenden lässt sich gut darstellen an der Studienfinanzierung. Die tragenden Säulen der Studienfinanzierung in Deutschland sind nach wie vor der Elternunterhalt, der Nebenjob und das BAföG. 86 Prozent der Studierenden werden von ihren Eltern unterstützt, mehr als zwei Drittel jobben neben dem Studium, knapp ein Fünftel erhält BAföG. Stipendien und Studienkredite spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Noch mehr Studierende jobben

Zwei Ergebnisse sind bemerkenswert. Erstens: Die Erwerbstätigenquote ist gegenüber 2012 um sechs Prozentpunkte gestiegen, von 62 Prozent auf nunmehr 68 Prozent der Studierenden. Es wird also noch mehr gejobbt neben dem Studium. Und zweitens sind auch die unbaren Unterstützungsleistungen der Eltern kräftig angestiegen, von 261 Euro Geldwert im Jahr 2012 auf nunmehr 309 Euro im Monat. Der Kostendruck auf die Studierenden nimmt zu, vor allem für die Miete – und um dem zu begegnen, müssen die Eltern tiefer in die Tasche greifen und die Studierenden mehr jobben.

Kein gutes Bild beim BAföG

Und weil das BAföG nicht ausreicht, kompensieren das die Studierenden mit vermehrter Erwerbstätigkeit und stärkerer Unterstützung durch die Eltern. Das Bild vom Sommer 2016 ist nicht gerade gut. Nur 18 Prozent aller Studierenden erhielten damals BAföG. Ob die Quote der Geförderten durch die Erhöhung der Elternfreibeträge zum Wintersemester 2016/2017 deutlich gestiegen ist, muss man abwarten. Wenn man sich aber die Diskrepanz ansieht zwischen den durchschnittlichen

Einnahmen, die bei 918 Euro liegen, und dem aktuellen BAföG-Höchstsatz von 735 Euro, wird allein schon daran deutlich, dass es beim BAföG nach wie vor dringenden Handlungsbedarf gibt.

Und was mir Sorge bereitet: 37 Prozent der Studierenden aus der sozialen Herkunftsgruppe „niedrig“, die keinen BAföG-Antrag stellen, begründen dies damit, keine Schulden machen zu wollen. Dabei ist der BAföG-Darlehensanteil gedeckelt auf maximal 10.000 Euro, und die Rückzahlung ist äußerst sozialverträglich.

Mietexplosion in vielen Hochschulstädten

Die Miete bleibt der größte Ausgabeposten der Studierenden, mit durchschnittlich 323 Euro im Monat. In Hochschulstädten mit immer weniger bezahlbarem Wohnraum wie München, Köln, Frankfurt am Main, Hamburg oder Berlin sind es deutlich mehr. Wir brauchen insgesamt dringend mehr staatlich geförderten Wohnraum für Studierende. In vielen Bundesländern bauen die Studentenwerke Wohnheime für Studierende, aber es reicht nicht. Gerade Studierende aus weniger vermögenden Haushalten sind dringend auf diese Wohnheimplätze angewiesen. 41 Prozent der Studierenden, die im Wohnheim leben, gehören zum unteren Einkommensquartil. Fast gleich viele haben am Ende des Monats überhaupt kein Geld mehr übrig. Das zeigt, wie wichtig für diese Studierenden die Leistungen der Studentenwerke sind und wie dringend notwendig ein gemeinsamer Bund-Länder-Hochschulsozialpakt ist, wie ihn das Deutsche Studentenwerk fordert, damit die Wohnheimkapazitäten mitwachsen können mit den Studienplatzkapazitäten.

Prof. Dr. Dieter Timmermann, 73, ist Präsident des Deutschen Studentenwerks, des Verbands der 58 Studenten- und Studierendenwerke in Deutschland

Mehr Infos:
www.sozialerhebung.de

Kommentar

Fünfzehn Prozent sind ein Armutszeugnis!

// Es gibt Erkenntnisse, die von der Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks (DSW) immer wieder aufs Neue bestätigt werden: Die beharrliche soziale Undurchlässigkeit des Bildungssystems ist eine davon. Ob es sich nun um das sprichwörtliche „katholische Arbeitermädchen vom Lande“ oder den „männlichen Vorstadt-Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ handelt – wer bestimmte soziale Merkmale auf sich vereint, hat einen schweren Weg im deutschen Bildungssystem. //

Aber die Ergebnisse der Sozialerhebung bieten auch immer wieder eine wichtige Momentaufnahme aktueller Probleme: Nur noch 18 Prozent der Studierenden erhalten eine finanzielle Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). 86 Prozent der Studierenden bekommen finanzielle Unterstützung von ihren Eltern, 61 Prozent sind erwerbstätig. Doch selbst die 18 Prozent BAföG-Empfänger*innen sind geschönt, denn in der Erhebung des DSW ist ein Teil der Studierenden nicht berücksichtigt. Rechnet man Teilzeitstudierende, Verheiratete und andere

Gruppen hinzu, so kommt man auf einen noch geringeren Anteil. Der Alternative BAföG-Bericht von Gewerkschaften und Studierendenverbänden zeigt, dass faktisch sogar nur noch 15 Prozent der Studierenden BAföG erhalten.

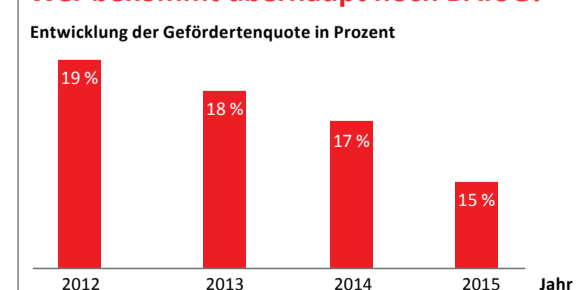
Die Zahl der BAföG-Empfänger*innen geht seit fünf Jahren kontinuierlich zurück. Trotz groß angekündigter Reformen hat die Bundesregierung mit der letzten Novellierung des Gesetzes offenbar einen Papiertiger vorgelegt. Einiges hat sie geändert, aber die strukturellen Probleme des Gesetzes nicht angepackt: Während die Studierendenschaft sich heute immer heterogener zusammensetzt und ganz unterschiedliche Studienwege wählt, ist das Gesetz für die Studienfinanzierung starr wie ehedem. Es fördert Otto-Normal-Studierende, von denen es heute immer weniger gibt. Weder ist das Gesetz für flexiblere Studienwege oder Teilzeitstudium noch für ein Studium auf dem zweitem Bildungsweg nach dem Beruf wirklich offen.

Diese Zahlen sind ein Armutszeugnis. Und sie sind Ausdruck der aktiven Arbeitsverweigerung der Bundesregierung bei der Gestaltung der Studienfinanzierung. Die Bundesregierung muss das Gesetz reformieren und an

die Studienwirklichkeit der Gegenwart anpassen. Das ist der klare Auftrag, der sich aus der 21. Sozialerhebung des DSW ableiten lässt.

Matthias Schröder und Sven Lehmann sind Sprecher des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW

Wer bekommt überhaupt noch BAföG?



Die Gefördertenquote entspricht dem Anteil der BAföG-EmpfängerInnen (unabhängig von der Förderhöhe) an allen Studierenden.

Quelle: Alternativer BAföG-Bericht

GEW-Leitlinien zur Reform der Lehrer*innenbildung

Gute Bildung für eine demokratische, soziale und inklusive Gesellschaft



Foto: Fotolia

// Wer über gute Bildung reden möchte, darf über die Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen nicht schweigen. Neben einer angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung, fairen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, fortschrittlichen Bildungsplänen, Curricula und Schulstrukturen sind gut qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer eine zentrale Voraussetzung für gute Bildung für alle. Das war der Ausgangspunkt der Arbeit des Zukunftsforums Lehrer*innenbildung, das die Bildungsgewerkschaft GEW eingesetzt hatte. Im Mai 2017 hat der Gewerkschaftstag der GEW „Leitlinien für eine innovative Lehrer*innenbildung“ verabschiedet. //

Ausgangspunkt der GEW-Positionen für eine Reform der Lehrer*innenbildung ist die Vision von Bildung in einer demokratischen, sozialen und inklusiven Gesellschaft. Bildung ist für die GEW die Basis für den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Entwicklung der Gesellschaft. Die GEW-Leitlinien für eine innovative Lehrer*innenbildung zeichnen sich dadurch aus, dass sie die gewerkschaftlichen Anforderungen nicht der Reihe nach für das Studium, für den Vorbereitungsdienst und die Fort- und Weiterbildung abarbeiten, sondern phasenübergreifend entwickeln. Die inhaltlichen Eckpfeiler für eine Reform der Lehrer*innenbildung – professionelles Selbstverständnis und Berufsethos, Fähigkeit zur Reflexion, Diversität-Können oder Kooperation in multiprofessionellen Teams – richten sich an die Aus-, Fort- und Weiterbildung in allen drei Phasen der Lehrer*innenbildung gleichermaßen.

Inklusion: Ein Thema für alle

Eine pfiffige Lösung hat das Zukunftsforum für die Perspektiven der Sonderpädagogik in einem inklusiven Bildungssystem gefunden. Zwar ist ein herkömmliches sonderpädagogisches Lehramt mit der Verwirklichung des Menschenrechts auf inklusive Bildung überholt. Aber gerade in einer inklusiven Schule sind entspre-

chende Fachkenntnisse auch in Zukunft unentbehrlich. Die GEW macht sich daher dafür stark, dass alle Lehrerinnen und Lehrer eine umfassende pädagogische Qualifizierung für eine inklusive Schule erwerben und es zusätzlich die Möglichkeit gibt, eine vertiefende inklusionspädagogische Qualifizierung in spezifischen Entwicklungsbereichen, Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache oder Familiensprachen alternativ zu einem Unterrichtsfach bzw. Lernbereich zu erwerben.

Auch die vom Zukunftsforum entwickelten Anforderungen an eine innovative Struktur der Lehrer*innenbildung sind ganz bewusst phasenübergreifend formuliert. Die GEW setzt sich für einen freien Zugang zu allen Phasen der Lehrer*innenbildung ein, macht sich für eine ausreichende Finanzierung von Hochschulen, Studienseminaren, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen stark und tritt für Mitbestimmung und Transparenz, Flexibilität, Familien- und Bedarfsgerechtigkeit in der Lehrer*innenbildung ein.

Theorie und Praxis zusammenbringen

Es ist eine Binsenweisheit, dass Theorie und Praxis enger verflochten werden müssen. Die GEW geht aber einen Schritt weiter und setzt die einphasige Lehrer*innenbildung wieder auf die bildungspolitische Agenda. Während die einphasige Lehrer*innenbildung, die auf einer Integration aller berufspraktischen Ausbildungsphasen inklusive des ausschließlich in Deutschland bekannten Vorbereitungsdienstes beruht, weltweit Standard ist, ist sie in Deutschland seit dem vorzeitigen Abbruch der Reformversuche an den Universitäten Oldenburg und Osnabrück und der Abwicklung des Bildungssystems der DDR tabuisiert.

Für eine erfolgreiche Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung bedarf es einer guten Verankerung der Praxisphasen im Curriculum, einer intensiven Kooperation der Akteure in Theorie und Praxis, entsprechender professioneller Kompetenzen der Ausbilder*innen sowie der dafür erforderlichen zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen. Unter diesen Voraussetzungen ermuntert die GEW die Länder, die rechtlichen, materiellen und bildungswissenschaft-

lichen Voraussetzungen für neue Modellversuche einer einphasigen Lehrer*innenbildung zu schaffen. An vielen Hochschulen ist die Lehrer*innenbildung so etwas wie das fünfte Rad am Wagen. Dem möchte die GEW entgegenwirken. Die Bildungsgewerkschaft schlägt daher eine Weiterentwicklung der bereits etablierten Zentren für Lehrer*innenbildung und Schools of Education zu Institutionen mit Entscheidungs-, Steuerungs- und Ressourcenkompetenz vor.

Große Visionen und kleine Schritte

Die Anforderungen der GEW-Leitlinien an einen innovativen Vorbereitungsdienst enthalten eine klare Absage an den missbräuchlichen Einsatz des eigenverantwortlichen Unterrichts der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst zur Bedarfsdeckung. Der eigenverantwortliche Unterricht darf ausschließlich der Qualifizierung dienen!

Für die dritte Phase der Lehrer*innenbildung, die Fort- und Weiterbildung, fordert die GEW ein Recht auf eine qualitativ hochwertige Fortbildung für alle Lehrer*innen, die freiwillig und kostenfrei gestaltet werden muss. Soweit Quer- und Seiteneinsteiger*innen im Zuge einer Notlösung zur dringenden Bedarfsdeckung in den Schuldienst gelangen, ist ihnen das Recht auf eine berufsbegleitende Nachqualifizierung einzuräumen, so der Vorschlag der GEW-Leitlinien. Visionär bleiben und langfristige Reformperspektiven formulieren, aber auf dieser Grundlage jederzeit tagespolitisch interventionsfähig werden und anschlussfähige Forderungen formulieren – das ist das Konzept der GEW-Leitlinien. Gute Bildung für eine demokratische, soziale und inklusive Gesellschaft braucht eine qualitativ hochwertige und innovative Lehrer*innenbildung!

Dr. Andreas Keller ist stellvertretender Vorsitzender der GEW und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung

Weitere Informationen und die Leitlinien im Wortlaut: www.zukunftsforum-lehrerInnenbildung.de

Studentische Beschäftigte in Berlin

Tarifinitiative zeigt sich standhaft

// Die letzte Verhandlungsrunde um den studentischen Tarifvertrag TV Stud in Berlin scheiterte im Juni ergebnislos. Doch die Tarifinitiative zeigt mit kreativen Aktionen langen Atem. //

Die Voraussetzungen waren so gut wie lange nicht mehr. Über 1.000 neue Gewerkschaftsmitglieder konnte die von GEW und ver.di getragene Tarifinitiative TV Stud gewinnen. Hinter dieser Formel verbirgt sich der bundesweit einzige Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an Hochschulen, der 1986 erstreikt wurde. Weil insbesondere die Lohnhöhe sich von der Rea-

lität entkoppelte, organisierten sich die Beschäftigten und forderten die Arbeitgeber*innen zu Verhandlungen auf. Der Stundenlohn sollte von derzeit 10,98 Euro auf 14 Euro ansteigen und so den Inflationsverlust seit der letzten Erhöhung 2001 ausgleichen.

Hochschulen üben Blockadehaltung

Nach erfolgreichen Mobilisierungsaktionen setzte man sich nach 16 Jahren Stillstand an einen Tisch. Doch die Hochschulen machten am vierten Verhandlungstermin ein untragbares Angebot und besiegelten so das vorzeitige Ende der Verhandlungen. Mehr als 12,13 Euro

pro Stunde und einen Tag mehr Urlaub hatten sie nicht zu bieten. Zudem zogen sie die zuerst angebotene Ankopplung der Lohnentwicklung an den öffentlichen Dienst zurück. „Die Hochschulen wollen uns hinhalten, aber nach über zwei Jahren Vorbereitung werden wir uns nicht aussitzen lassen, das sind wir den studentischen Beschäftigten schuldig“, so Stefanie Brauer von der Initiative.

Sand ins Getriebe gestreut

Die studentischen Beschäftigten haben die Verhandlungen öffentlich nicht unkommentiert gelassen. Auf unzähligen Hochschulveranstaltungen griffen sie in den Alltagsbetrieb ein und äußerten lautstark ihren Unmut über die geringe Wertschätzung. Diese zeigte sich in unhaltbaren Vergleichen der Arbeitgeber*innen, die den Lohn von prekär Beschäftigten in anderen Branchen in Anschlag brachten. Umso langatmiger waren die Beschäftigten, nachdem die Verhandlungen ergebnislos zu Ende gingen. „Wenn die Hochschulen im neuen Semester kein deutlich besseres Angebot vorlegen, werden sie damit leben müssen, dass wir weiterhin ihren Betrieb stören und studentische Beschäftigte mobilisieren werden“, so Brauer. Die Ausgangslage seitens der Beschäftigten ist gut, die Planungen für das neue Semester sind im Gange und die Solidarität ist hoch.



Foto: Christian von Polentz

Im Kuratorium der TU Berlin machen die studentischen Beschäftigten deutlich, was sie von ihrer Hochschule erwarten

Matthias Schröder ist Sprecher des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW und studiert in Berlin

Studierende in der GEW

// In der Hochschulpolitik läuft vieles schief – überfüllte Hörsäle, Mager-BAföG und Bologna-Stress. Deswegen stellen wir die Forderung nach guter Bildung für alle! Damit Lehre und Forschung ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, setzen wir uns für eine soziale Öffnung und verbesserte personelle Ausstattung der Hochschulen ein. //

Wir stehen für ...

- einen freien Zugang zum Studium – gegen eine Auslese von Eliten!
- unbelastete Ausbildungsjahre – gegen offene und versteckte Studiengebühren!
- ein starkes BAföG – gegen den Leistungsdruck durch Lohnarbeit und Studium!
- ausfinanzierte Hochschulen – gegen Lehre und Forschung am Tropf!
- wissenschaftlichen Weitblick – gegen das Diktat ökonomischer Verwertungsinteressen!

- demokratische Mitbestimmung – gegen Amtswillkür an Hochschulen!
- Gleichstellung und familienfreundliche Hochschulen – alle Studierenden gleichermaßen fördern!
- ein Masterstudium für alle – gegen Beschränkungen im Bildungssystem!
- Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung – gegen Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Kapitalismus!

Wir sind keine Sachmittel

Ohne studentische „Hilfskräfte“ läuft nichts an den Hochschulen. In Bibliotheken, Tutorien und Forschung setzt man auf uns. Und wer gute Arbeit leistet, muss auch gut bezahlt werden. Trotzdem werden wir im Etat der Hochschulen als Sachmittel gelistet und erfahren keine gerechte Entlohnung.

Wir kämpfen für tarifvertragliche Regelungen und Entfristungen – und das an allen Hochschulen!

Mitglied werden lohnt sich

In der GEW wollen wir im Austausch mit Studierenden und Beschäftigten neue bildungspolitische Perspektiven entwickeln. Außerdem bietet dir die GEW Rat bei Fragen zum BAföG, Nebenjob, Praktikum und Berufseinstieg.

Neben den Hochschulgruppen vor Ort gibt es in den Landesverbänden die Landesausschüsse der Studentinnen und Studenten (LASS). Dort treffen sich die Aktiven auf Landesebene, um sich auszutauschen und ihre Arbeit vor Ort zu koordinieren.

Darüber hinaus kommen die Vertreter*innen der Landesausschüsse regelmäßig im entsprechenden Bundesausschuss (BASS) zusammen.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand, Postfach 900409
60444 Frankfurt am Main
Tel.: 069 78973-0, Fax: 069 78973-103
E-Mail: info@gew.de
Internet: www.gew.de

Redaktion:

Dr. Andreas Keller (verantwortlich),
Bernd Hahn, Sven Lehmann,
Katharina Lenuck, Philipp Möcklinghoff,
Jan Romann, Matthias Schröder,
Sonja Staack, Friederike Thole

Lektorat:

Andrea Vath

Gestaltung:

Werbeagentur Zimmermann GmbH
60439 Frankfurt am Main

Druck: apm AG, Darmstadt

September 2017

Kontakt zu den GEW-Studis in deinem Landesverband:

Baden-Württemberg

lass@gew-bw.de

Bremen

studis@gew-hb.de

Niedersachsen

hsg-h@gew-nds.de

Sachsen

kontakt@lass-sachsen.de

Bayern

JungeGEWTeam@gew-bayern.de

Hamburg

gewstudis-hamburg@gmx.de

Nordrhein-Westfalen

lass@gew-nrw.de

Schleswig-Holstein

sjoegren@gew-sh.de

Berlin

lass@gew-berlin.de

Hessen

studierende@gew-hessen.de

Rheinland-Pfalz

lass@gew-rlp.de

Sachsen-Anhalt

lass@gew-lsa.de

Brandenburg

junge-gew@gew-brandenburg.de

Mecklenburg-Vorpommern

landesverband@gew-mv.de

Saarland

jungegew@gew-saarland.de

Thüringen

lass@gew-thueringen.de

Facebook: www.facebook.com/GEWStudis
Twitter: www.twitter.com/GEWStudis